

518477-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Kreisverwaltung des Landkreises Darmstadt-Dieburg -B 38 Ortsumgehung Groß-Bieberau- Planungsleistungen für die Maßnahme B38 Ortsumgehung Groß-Bieberau
OJ S 142/2026 27/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Fachbereich 310 Klimaschutz, Infrastruktur, Standortförderung

E-Mail: zavs@ladadi.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Kreisverwaltung des Landkreises Darmstadt-Dieburg -B 38 Ortsumgehung Groß-Bieberau- Planungsleistungen für die Maßnahme B38 Ortsumgehung Groß-Bieberau

Beschreibung: Die Ortsumgehung von Groß-Bieberau ist im Bundesverkehrswegeplan 2030 im vordringlichen Bedarf aufgeführt. Gegenwärtig führt die Ortsdurchfahrt der B 38 in Groß-Bieberau auf 2,2 km Länge durch die Stadtmitte. Nach der bereits erfolgten Linienbestätigung (Abschluss Leistungsphase 2 „Voruntersuchung“) durch das Bundesministerium für Verkehr (BMV) soll das Planungsprojekt nun weiter geplant werden gemäß den Leistungsphasen 3 bis 5 HOAI.

Kennung des Verfahrens: 560407a6-32fb-47ae-87d9-15829f02e535

Interne Kennung: 2026-02-B38-FB310

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64289

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 314 800,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: §§ 123, 124 GWB, §§ 42, 57 VgV, RU-Sanktionen

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: §§ 123, 124 GWB, §§ 42, 57 VgV, § 17 HVTG, RU-Sanktionen

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Landespflegerischer Begleitplan (LBP)

Beschreibung: Der Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg Fachbereich

Klimaschutz, Infrastruktur, Standortförderung sucht für die Maßnahme B 38 Ortsumgehung

Groß-Bieberau ein Büro für die Bearbeitung und Erstellung eines Landespflegerischer

Begleitplanes (LBP) inkl. Artenschutzrechtlichen Fachbeitrags. Die Ortsumgehung von Groß-Bieberau ist im Bundesverkehrswegeplan 2030 im vordringlichen Bedarf aufgeführt.

Gegenwärtig führt die Ortsdurchfahrt der B 38 in Groß-Bieberau auf 2,2 km Länge durch die Stadtmitte. Nach der bereits erfolgten Linienbestätigung (Abschluss Leistungsphase 2

„Voruntersuchung“) durch das Bundesministerium für Verkehr (BMV) soll das Planungsprojekt nun weiter geplant werden gemäß den Leistungsphasen 3 bis 5 HOAI. Der

Untersuchungsraum liegt im südhessischen Landkreis Darmstadt-Dieburg, im

Übergangsbereich vom Vorderen Odenwald zum Reinheimer Hügelland. Der

Untersuchungsraum befindet sich östlich der Ortslage von Groß-Bieberau und umfasst ein

Gebiet von ca. 334 ha (vergleiche Anlage 04 Übersichtslageplan des Untersuchungsraumes).

Im Sinne einer möglichst umweltschonenden Planung soll der Straßenentwurf zur

Planfeststellungsreife geführt werden.

Interne Kennung: LOT-0001 2026-02-B38-FB310

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64289

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 60 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 130 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch

geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#, #Besonders auch geeignet

für:selbst# Der Auftraggeber behält sich gemäß § 56 VgV vor, die Bewerber aufzufordern,

fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen (insbesondere Eigenerklärungen,

Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise) nachzureichen, zu vervollständigen

oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen

nachzureichen oder zu vervollständigen. Fordert der Auftraggeber Angaben, Erklärungen oder

Nachweise nach, sind diese vom Bewerber/Bieter an die die Erklärung anfordernde Stelle des

Auftraggebers zu übermitteln (sofern in der Nachforderung nicht ausdrücklich anders

bestimmt). Die Bewerber/Bieter können sich auf eine solche Nachforderung aber nicht

verlassen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis der Fachkunde durch Vorlage von 3

Referenzen im Referenzbogen Die Referenzen müssen folgende Projektanforderungen

erfüllen: • Es sind dargestellt der Beschreibung und Bezeichnung des Leistungsumfangs,

Ausführungszeitraum, Name und Anschrift des Auftraggebers (einen Ansprechpartner beim

Referenzgeber mit Telefonnummer wird der Auftraggeber bei Bedarf nachfordern) •

Landespflegerischer Begleitplan (LBP) LPH1-4 • Anrechenbare Herstellkosten (AHK) € netto >

10 Mio. € • Mindesthonorarzone II oder höher • Erbringung Leistungen eines LPB im Zuge der

Planung / Umplanung einer Ortsumgehung im Zuge einer Bundes- oder Landesstraße •

Abschluss der erbrachten Leistung nach 01.01.2018 (Angabe des Leistungszeitraums und des

eigenen Leistungsanteils im Falle einer Bietergemeinschaft oder der Tätigkeit als

Unterauftragnehmer). Diese Angaben fließen ein in die Bewertung anhand der

Auswahlkriterien. Hinweis: Wird eine der o.g. Mindestanforderungen nicht erfüllt, wird die

genannte Referenz insgesamt mit „0“ bewertet. Es müssen mindestens 2 Referenzen

vorliegen, welche die Mindestanforderungen erfüllen. Wenn vorhanden, sollen Kopien von

Referenzschreiben der jeweiligen Auftraggeber als Nachweis beigelegt werden. Allein die

Nichtvorlage von Referenzschreiben macht die Referenz aber nicht unvollständig.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens

eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben der Anzahl der durchschnittlichen jährlichen

Beschäftigtenzahl des Unternehmens jeweils für die Jahre 2025, 2024 und 2023 in Bezug auf

den Tätigkeitsbereich der geforderten Leistung. Angabe erfolgt innerhalb 1-02

Teilnahmeantrag. Diese Angaben fließen ein in die Bewertung anhand der Auswahlkriterien.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Im Auftragsfall muss durch eine Haftpflichtversicherung bei einem in der Europäischen Union zugelassenen Versicherer eine Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von 2 Mio. EUR und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von 1 Mio. EUR, mit mindestens doppelter Maximierung pro Jahr nachgewiesen werden. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Wenn ein solcher Versicherungsschutz noch nicht oder nicht in der geforderten Höhe besteht, ist mit dem Angebot eine schriftliche Eigenerklärung vorzulegen, wonach der Bieter dem Auftraggeber den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Zuschlagsfalle zusichert. Der Abschluss der (erhöhten) Versicherung ist im Zuschlagsfalle innerhalb von vier Wochen nach Zuschlag nachzuweisen. Eigenerklärung erfolgt gem. 1-02-Teilnahmeantrag. Diese Angaben fließen ein in die Bewertung anhand der Auswahlkriterien. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebende Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen. Angabe erfolgt innerhalb 1-02 Teilnahmeantrag. Diese Angaben fließen ein in die Bewertung anhand der Auswahlkriterien. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorlage eines aktuellen Handelsregistrauszugs oder vergleichbare Bescheinigung bei Unternehmen mit Sitz im Ausland; Mindestanforderung: nicht älter als 6 Wochen (Ausdruck von www.handelsregister.de genügt); auch für Nachunternehmen bei Eignungsleihe bzw. für alle Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft Angabe erfolgt durch Übergabe eines separaten Dokumentes durch den Bewerber. Diese Angaben fließen ein in die Bewertung anhand der Auswahlkriterien. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es werden nur Teilnahmeanträge von Bewerbern berücksichtigt, die die für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Auftrag erforderliche Eignung gemäß §§ 122 ff. GWB, 42 ff. VgV besitzen. Die Bewerber müssen ihre Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, ihre wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie ihre technische und berufliche Leistungsfähigkeit nachweisen. Bei Bewerbungen von Bewerber-/Bietergemeinschaften müssen die geforderten Nachweise und Kriterien gemeinsam erfüllt sein (z.B. Zusammenrechnung der Referenzen); die Leistungsfähigkeit einzelner Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft reicht als Nachweis allerdings nur aus, sofern dieses Mitglied nach der internen Arbeitsverteilung für die Durchführung der relevanten Leistungen überwiegend zuständig sein soll. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen entsprechend §§ 123 und 124 GWB ist für jedes Mitglied der Bewerber-/ Bietergemeinschaft gesondert zu erklären. Beabsichtigt der Bewerber, sich zum Nachweis seiner

Leistungsfähigkeit auf diejenige eines Dritten zu berufen (Eignungsleihe i.S.v. § 47 VgV; z.B. durch Berufung auf ein verbundenes Unternehmen oder einen Nachunternehmer), so ist in diesen Fällen die Leistungsfähigkeit des Dritten durch Vorlage der entsprechenden Nachweise darzulegen. Darüber hinaus ist die Verpflichtungserklärung Nachunternehmer vorzulegen. Die Formblätter für die Bewerber-/Bietergemeinschaft und für die Eignungsleihe (Verpflichtungserklärung) sind zu unterschreiben und als Scan hochzuladen; die Vergabestelle behält sich vor, das Original ggf. nachzufordern. Ausländische Bewerber haben statt der etwa geforderten amtlichen Nachweise nach deutschem Recht gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften des Herkunftslandes vorzulegen. Auf die Möglichkeit der Übermittlung einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als (vorläufiger) Nachweis der Eignung gemäß § 50 VgV wird hingewiesen. Es werden von den Bewerbern über die bei konkreten Kriterien bereits benannten Unterlagen die folgenden Unterlagen, Erklärungen und Nachweise gefordert; im Übrigen wird auf die Auflistung der einzureichenden Unterlagen im Anschreiben verwiesen: Folgende allgemeine Eigenerklärungen sind auf den zur Verfügung gestellten Formblättern über die Vergabeplattform elektronisch hochzuladen (Unterschriften werden grundsätzlich ersetzt durch die ordnungsgemäße Einreichung in Textform gemäß § 126b BGB; besondere Anforderungen auf einzelnen Formblättern sind zu beachten): - Formblatt Teilnahmeantrag - Verpflichtungserklärung Tariftreue-Mindestlohn (sofern nicht bereits in einem Präqualifikationsregister hinterlegt) - Eigenerklärung EU- Russland-Sanktionen bei der Vergabe - Bei Abgabe eines Teilnahmeantrags als Bewerbergemeinschaft: Formblatt „Bewerbergemeinschaft“ - Bei Abgabe eines Teilnahmeantrags mit Nachunternehmerleistungen bei Eignungsleihe: Formblatt „Verzeichnis Nachunternehmer /Eignungsleihe“, im Falle der Eignungsleihe zusätzlich das Formblatt „Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ -Wenn vorhanden, Vorlage eines Präqualifizierungszertifikats — Wenn keine Präqualifizierung vorliegt, Vorlage des Formblatts 124 Eigenerklärung Eignungskriterien für den Zugang zur nächsten Stufe Nach erfolgter Prüfung und Auswertung der Teilnahmeanträge anhand der vorab beschriebenen Eignungskriterien werden maximal 3 Bewerber zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Soweit mehr als 3 Bewerber geeignet sind, werden die 3 Bewerber mit der höchsten Bewertungspunktzahl ausgewählt und zur Abgabe eines Angebotes zugelassen, bei Punktgleichheit entscheidet das Los. Alle anderen Bewerber werden im weiteren Auswahlverfahren nicht berücksichtigt. Eignungskriterien und Gewichtung:

1. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Gewichtung: 10 %) 1.1 Angaben der Anzahl der durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl (Gewichtung: 10 %)
2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Gewichtung: 15 %) 2.1 Angabe über den durchschnittlichen Gesamtjahresumsatz (Gewichtung: 15 %)
3. Fachliche Eignung - Referenzbogen (Gewichtung: 75 %) 3.1 Objektplanung Verkehrsanlagen: Anzahl der auszuwertenden Referenzprojekte: 3 Gewichtung pro Referenz: je 25 % (Übergabe und Wertung erfolgt anhand 1-09 Referenzbogen) 3.1.1 Mindestanforderungen (70%) 3.1.2 Durchführung Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag im Rahmen des LBP (15%) 3.1.3 Projekt mit Tätigkeit Bürgerbeteiligung (15%) Eine nähere Beschreibung zur Bewertung (Bewertungsmaßstäbe und Erläuterungen) findet sich im Dokument „1-10 Auswahlkriterien _Bewerbungsphase“.

Höchstzahl und Beschreibung: In der zweiten Phase, dem Verhandlungsverfahren, wird das Verfahren nur noch mit den am Ende der Phase 1 ausgewählten Bewerbern weitergeführt. Diese erhalten die Aufforderung zur Angebotsabgabe mit den entsprechenden weiteren Erläuterungen und geben ihre Erstangebote ab. Diese werden anhand der festgelegten Zuschlagskriterien bewertet. Es sei darauf hingewiesen, dass sich der Auftraggeber gemäß § 17 Abs. 11 VgV ausdrücklich vorbehält, bereits auf der Grundlage der Erstangebote den Auftrag zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. Die zum Ablauf der Abgabefrist abgegebenen Erstangebote sind daher bereits verbindlich. Der Auftraggeber wird daher bereits die Erstangebote anhand der Zuschlagskriterien für Phase 2 bewerten. Sollte

Verhandlungsbedarf bestehen und daher der Zuschlag nicht bereits auf ein Erstangebot erteilt werden, wird der Auftraggeber anschließend über die Erstangebote mit den Bietern verhandeln und diese sodann zur Abgabe finaler Angebote auffordern. Diese Angebote werden wiederum anhand der Zuschlagskriterien bewertet. Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens: Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: 1 Preis: Gesamtangebotspreis brutto, Gewichtung: 30 % Kriterium: Honorar auf Grundlage des Vertragsentwurfs gem. 1-12-Formblatt Honorarangebot

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: 2 Organisation des Projektteams: 25 % 3 Berufliche Qualifikation des Projektteams: 5 % 4 Abwicklung und Erfahrung: 40 % Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium. Alle Kriterien sind in Folge und in den Beschaffungsunterlagen in Anlage 1-0-07-Zuschlagskriterien Angebotsphase genannt.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 30/07/2026 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E84163676>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E84163676>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 10/08/2026 09:20:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Achtung: Teilnahmeanträge und Angebote sind ausschließlich elektronisch in Textform über die Vergabepattform subreport ELViS abzugeben.

Teilnahmeanträge und Angebote in Schriftform (Papier) sind nicht zugelassen. • Bewerbungen von Bewerbungsgemeinschaften und/oder die Benennung von Nachunternehmern (NU) sind zugelassen. • Bewerbungsgemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen und eine von sämtlichen Mitgliedern unterschriebene Bewerbungsgemeinschaftserklärung (Formblatt zum Teilnahmeantrag) als eingescannte PDF-

Datei hochzuladen. Das Original wird, wenn notwendig, gesondert nachgefordert. Die Bewerbergemeinschaft besteht im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft fort und wird im Falle der Zuschlagserteilung als Arbeitsgemeinschaft tätig. Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich und ist zur Entgegennahme der Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft haften gesamtschuldnerisch.

- Möchte sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftlich, finanziell, technisch, beruflich) anderer Unternehmen bedienen, so muss er Art und Umfang der dafür vorgesehenen Leistungsbereiche in dem Formblatt Verzeichnis Nachunternehmer/Eignungsleihe benennen. Zum Nachweis, dass ihm die erforderlichen Fähigkeiten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er mit Abgabe des Teilnahmeantrages diese Unternehmen zu benennen und entsprechende Verpflichtungserklärungen (Formblatt Verpflichtungserklärung Eignungsleihe) dieser Unternehmen vorzulegen. Dieses Formblatt ist zu unterschreiben und als eingescannte PDF-Datei hochzuladen. Das Original wird, wenn notwendig, gesondert nachgefordert.
- Möchte der Bewerber Teile der Leistungen durch NU erbringen lassen, so sind diese nach Art und Umfang in dem Formblatt Verzeichnis Nachunternehmer/ Eignungsleihe zu benennen (Formblatt zum Teilnahmeantrag). Der Auftraggeber behält sich vor, Eignungsnachweise für die NU im Wege der Aufklärung anzufordern.
- Die erforderlichen Angaben, Erklärungen, sowie Nachweise zur Eignung des Bewerbers sind im Falle von Bewerbergemeinschaften, sowie bei einem vorgesehenen Einsatz von NUs, derer sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung bedient, von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie der NUs mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.
- Der Auftraggeber kann vom Bieter eine Urkalkulation elektronisch in einer vor der Einsichtnahme Dritter geschützten Form oder in einem gesonderten verschlossenen Umschlag verlangen. Die Urkalkulation kann bei der Angebotswertung, einem Nachtrag oder sonstigen zusätzlichen Vergütungsforderungen im Rahmen eines abgeschlossenen Vertrags zur Prüfung der Grundlagen der Preise eingesehen werden. Die Urkalkulation wird nach Freigabe der von beiden Vertragsparteien anerkannten Schlussrechnung an den Auftragnehmer zurückgegeben.
- Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und/oder Verurteilungen wird mit der Abgabe des Teilnahmeantrags versichert. Die Nachforderung von Nachweisen wird vorbehalten.
- Die Verpflichtungserklärung nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) zur Tariftreue, Mindestlohn und Nach- und Verleihunternehmen (nach § 4 Abs. 1 bis 3, § 6 und § 8 Abs. 2 HVTG) ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.
- Die Eigenerklärung RU-Sanktionen bei der Vergabe ist ebenfalls von allen Bewerbern und den Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.
- Vergaberechtsrelevante Mehrfachbeteiligungen, die zu einem Verstoß gegen den Geheimwettbewerb führen, sind unzulässig. Die Bewerber müssen im Teilnahmeantrag nachvollziehbar darlegen, dass kein Verstoß gegen den Geheimwettbewerb vorliegt. Fehlen entsprechend aussagekräftige Erklärungen wird vermutet, dass durch die Mehrfachbeteiligung im Verfahren der Geheimwettbewerb verletzt ist. In diesem Fall werden sämtliche betroffenen Bewerbungen vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.
- Die Bewerbungsunterlagen können ausschließlich digital und kostenlos [unter www.subreport.de/Evon](http://www.subreport.de/Evon) ZAvS heruntergeladen werden. Alle weiteren Informationen sind auf der Homepage www.ladadi.de/zavs abrufbar.
- Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen über die Funktion „Bewerbung/Angebot abgeben“ elektronisch via: www.subreport.de
- Es werden nur Bewerbungen mit fristgerecht eingereichtem, vollständig ausgefülltem und ordnungsgemäß in Textform erstelltem Teilnahmeantrag in die Wertung miteinbezogen.
- Bewerbungen nur für Teilleistungen führen zum Ausschluss der Bewerbung.
- Zur Bewerbung sind zwingend die vom Auftraggeber

vorgegebenen Vergabeunterlagen zu verwenden. • Rückfragen zu den zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen (1. Phase des Verfahrens) sind bis spätestens von ZAVS über die Vergabeplattform subreport ELViS zu stellen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Sieht sich ein Bewerber oder Bieter durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb von zehn Kalendertagen beim Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe der Bewerbungen (bzw. Angebote) gegenüber dem Auftraggeber geltend gemacht werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, 3 GWB). Teilt der Auftraggeber dem Bewerber oder Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, oder bleibt er untätig, so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf bei elektronischer Übermittlung erst 10 Kalendertrage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch den Auftraggeber. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Zuschlag möglich, auch wenn eine Frist nach § 160 Abs. 3 GWB noch nicht verstrichen sein sollte. Ein Nachprüfungsantrag müsste daher zur Verhinderung eines Zuschlags vor Ablauf der Frist nach § 134 GWB dem Auftraggeber durch die Vergabekammer zugestellt worden sein. Die Unwirksamkeit einer Auftragserteilung kann gemäß § 135 Abs. 1 und 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information über den Vertragsabschluss, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Zentrale Auftragsvergabestelle-Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Submissionsstelle beim Revisionsamt des Landkreises Darmstadt-Dieburg
Organisation, die Angebote bearbeitet: Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Fachbereich 310 Klimaschutz, Infrastruktur, Standortförderung

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Zentrale Auftragsvergabestelle-Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00002636

Postanschrift: Jägertorstr. 207

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64289

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: zavs@ladadi.de

Telefon: +4961518811600

Internetadresse: <http://www.ladadi.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: 061511126603

Postanschrift: Wilhelminenstraße 1-3

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151126603

Fax: +49 6151125816

Internetadresse: <http://www.rp-darmstadt.hessen.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Submissionsstelle beim Revisionsamt des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Registrierungsnummer: 00002636

Stadt: Darmstadt/Kranichstein

Postleitzahl: 64289

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: zavs@ladadi.de

Telefon: +49 61518811600

Internetadresse: <http://www.ladadi.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Fachbereich 310

Klimaschutz, Infrastruktur, Standortförderung

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00002636

Postanschrift: Jägertorstr. 207

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64289

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: zavs@ladadi.de

Telefon: +4961518811535

Internetadresse: <http://www.ladadi.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

fdaadfb0-840a-42cc-aea1-bc3527f4db6a-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Veröffentlichung

Beschreibung

:

Abschnitt "Ausschlussgründe" - "rein nationale Ausschlussgründe" Anstatt: Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: §§ 123, 124 GWB, §§ 42, 57 VgV, § 17 HVTG, RU-Sanktionen Muss es heißen: Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: §§ 123, 124 GWB, §§ 42, 57 VgV, RU-Sanktionen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: fff5a734-3865-4ad8-b3df-f349764f7036 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 23/07/2026 17:39:55 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 518477-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 142/2026

Datum der Veröffentlichung: 27/07/2026